

Berlin, 07.05.2019

Griechenlandsolidarität Saarbrücken

WPSEU 082/2019

Griechenland

1. Um die Gemeinschaftswährung zu stabilisieren und die Vermögen insbesondere deutscher und französische Banken und Lebensversicherer zu retten, wurden seit 2010 mehrere Strukturanpassungsprogramme für Griechenland vereinbart. In Folge dieser Strukturprogramme ist die Arbeitslosenquote in Griechenland auf über 20 Prozent gestiegen, die Staatsverschuldung ist von 127 Prozent des BIP (2009) auf 180 Prozent (2017) gestiegen, Teile der griechischen Infrastruktur gingen verloren.

Wie beurteilen Sie diese Politik?

Antwort:

Die SPD will das soziale Versprechen Europas einzulösen, auf das die Bürgerinnen und Bürger schon so lange warten. In den letzten Jahren haben sie häufig das Gegenteil eines sozialen Europas erlebt. Statt eines kalten und neoliberalen Europas, bei dem die Schwachen unter die Räder kommen, wollen wir ein modernes und solidarisches Europa, in dem technischer und gesellschaftlicher Fortschritt Hand in Hand gehen, wo wirtschaftliche Dynamik und ökologische Vernunft zusammengehören, wo Bildungs- und Berufschancen für die Jüngeren nicht gegen eine auskömmliche Rente für die Älteren ausgespielt werden, wo es einen Wettbewerb um die besten Innovationen für die Realwirtschaft gibt, nicht einen Wettbewerb um die schädlichsten Steuervermeidungsmodelle, riskantesten Finanzkonstruktionen oder schlechtesten Arbeitsbedingungen. Es ist ein Irrglaube, dass durch reines Sparen und den Rückzug des Staates breite Teile der Bevölkerung oder gar alle profitieren.

2. Die Finanzkrise der Jahre 2007ff versetzte insbesondere kleinere Mitglieder der Euro-Zone in eine Notlage, aus der sie sich ohne eigene Währung nicht selbstständig befreien konnten. Die EU unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesregierung nutzte diese Notlage zur Durchsetzung einer Austeritätspolitik (etwa Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen, Verlust von Streikrechten, Schwächung von Gewerkschaften) mit den bekannten negativen Folgen: Arbeitslosigkeit, Schulden, Rezession, Menschen verlieren ihre Wohnung.

Sehen Sie eine Möglichkeit Euro-Länder vor schädlichen Interventionen dieser Art zu schützen?

Antwort:

Europa hat den größten gemeinsamen Wirtschaftsraum der Welt geschaffen und erfolgreich eine gemeinsame Währung eingeführt. Dabei zeigt sich, dass die auf Wettbewerb ausgerichteten ökonomischen Rahmenbedingungen zu tief in die Gesellschaft hineinreichen. In immer mehr Lebensbereichen diktiert der Markt die Regeln. Auch im Bereich unserer Daseinsvorsorge steht immer weniger der Mensch im Mittelpunkt, sondern immer mehr die Profitmaximierung. Gemeinsam können wir diese Entwicklung stoppen und umkehren. Wachstum darf nicht nur monetären Wohlstand bedeuten, sondern muss auch zu einem Mehr an Lebensqualität führen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen verbindlich festlegen, was durch die freien Kräfte des Marktes zur Ware werden darf und was nicht. Die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit, öffentlicher Personennahverkehr, Pflege, öffentliche Infrastruktur (auch digitale Infrastruktur, Wasserversorgung und Wasserentsorgung) kann nicht dem Markt überlassen werden. Zudem lehnen wir die Liberalisierung weiterer Dienstleistungsmärkte und das damit verbundene Absenken von Beschäftigtenschutz- und Qualitätsstandards ab.

Wir schließen einen Pakt zur Entwicklung der Industrie in wirtschaftlich schwachen Gebieten insbesondere in Ost- und Südosteuropa nach dem Vorbild des Marshallplans. Zudem schaffen wir eine bessere und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik – perspektivisch mit der Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euroraum unter politischer Führung einer europäischen Wirtschafts- und Finanzministerin bzw. eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers. Diese Regierung soll über das Europäische Parlament legitimiert und kontrolliert werden. Ziel bleibt die Weiterentwicklung der Eurozone zu einer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Union.

Europäische Zentralbank (EZB)

3. Auf den Versuch der gewählten griechischen Syriza-Regierung, die Folgen von Krise und Strukturanpassungsprogrammen abzumildern, antwortete die EZB 2015 mit einer Blockade des griechischen Kreditgeschäftes, normale Bankgeschäfte waren kurzfristig nicht mehr möglich. Die EZB verstieß damit gegen ihr Mandat als oberste Notenbank des Eurosystems zu fungieren und „das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern“ (Art. 127 AEUV).

Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die EZB allen Euro-Ländern gleichermaßen als Notenbank dienen und ihrer Funktion als „Lender of Last Resort“ bedingungslos nachkommen sollte?

Antwort:

Wir wollen den Euro stark halten und Mitgliedsstaaten früher und entschlossener helfen, wenn sie in eine Krise zu rutschen drohen. Dafür werden wir den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickeln, damit er künftig früher helfen kann und nicht erst, wenn die Krise da ist – mit hohen politischen, ökonomischen und sozialen Kosten. Niemand weiß, wann die nächste Wirtschaftskrise Europa oder die Welt erschüttert. Deshalb müssen wir uns möglichst langfristig vorbereiten.

Zudem sollen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nirgendwo in Europa mehr für Bankenpleiten bezahlen. Eine Bankenkrise darf nicht wieder zu einer Staatsschuldenkrise werden. Hierfür werden wir die fatale Kopplung zwischen Staaten und Banken weiter auflösen. Dazu werden wir die Bankenunion weiter vertiefen und unter anderem eine gemeinsame Letztsicherung für den Bankenabwicklungsfonds schaffen.

Wirtschafts- und Fiskalpolitik

4. Der Fiskalpakt steht als völkerrechtlicher Vertrag außerhalb des Unionsrechts, greift aber dennoch darin ein. Seine Ausgestaltung steht Investitionen entgegen, Finanzierungsprobleme werden einseitig zu Ausgabenproblemen gemacht.
Was schlagen Sie vor, um die Defizite des Fiskalpaktes zu beheben?

Antwort:
siehe oben

Sicherheitspolitik

5. Die Verhinderung von Kriegen war bisher ein wesentliches Argument zugunsten der europäischen Integration. Tatsächlich beteiligten sich zahlreiche EU-Staaten am Jugoslawienkrieg sowie am Irakkrieg und trugen die Bombardierung Libyens mit, sind die Rüstungsexporte der EU-Mitgliedstaaten insgesamt kaum geringer als jene der USA oder Russlands. Globale Wirtschafts- und Militärpolitik greifen in der aktuellen „Globalstrategie“ der EU (2016) ineinander. Rohstoffsicherung ist ein Motiv der EU-Auslandseinsätze wie etwa am Horn von Afrika, in Tschad oder Kongo. Auch Maßnahmen gegen Terrorismus und die sogenannte Flüchtlingsbekämpfung treiben die Militarisierung voran.
Wie stehen Sie zum „Friedensprojekt EU“ und unterstützen Sie eine engere Einbindung der EU in das multilaterale Institutionengeflecht von UNO und OSZE? Sollte konventionelle und nukleare Abrüstung ein Ziel der EU sein?

Antwort:
Wir wollen Europa als Friedensmacht positionieren, die für eine solidarische Kooperation zur Gewinnung und Erhaltung des Friedens, für die universelle Gültigkeit der Menschenrechte und für die Teilhabe aller Menschen überall auf der Welt am Wohlstand dieser Welt steht. Die Sozialdemokratie steht für eine dem Frieden und der Abrüstung verpflichteten europäischen Außenpolitik. Die Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als Instrument der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung wollen wir stärken und wir unterstützen eine engere Einbindung in das multilaterale Institutionsgeflecht der UNO.
Besonderes Augenmerk legen wir darauf, dass Frauen konsequent an Friedensprozessen beteiligt werden. Wie von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 beschlossen, müssen Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau mit einbezogen werden – nur so sind nachhaltige Lösungen erreichbar. . Europa muss sich stark machen für das internationale Recht, für multilaterale Lösungen, für Abrüstung und Frieden sowohl in Europa als auch in anderen Regionen der Welt. Zur

Stärkung der europäischen Friedenspolitik fordern wir ein neues ziviles „Europäisches Stabilisierungscorps“. Dabei ist vorgesehen, dass Mitgliedsstaaten dafür Expertinnen und Experten für demokratischen Staatsaufbau, Etablieren von Rechtsstaatlichkeit und -ordnung und Ausbildung von Sicherheitskräften entsenden.

Vertragsgestützte Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung müssen in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt werden. Wir wollen in der Rüstungskontrolle die bestehenden Abkommen erhalten und möglichst viele Staaten in neue Abkommen einbinden. Wir wollen keine neue Aufrüstungsspirale. Die Sozialdemokratie setzt sich für ein atomwaffenfreies Europa ein und unterstützen Abrüstungsinitiativen.

Demokratie

6. Die europäischen Verträge und ihre Auslegung durch den EuGH legen die EU auf eine wettbewerbsgesteuerte Marktordnung fest. Dabei scheinen die Regeln des Binnenmarktes den demokratischen Werten der EU (Art. 2 EUV) sowie dem Ziel, das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern (Art. 3 EUV) häufig entgegenzustehen. Insbesondere befinden sich die Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Arbeits- und Sozialstandards in einem Unterbietungswettbewerb.

Halten Sie eine Reform der europäischen Verträge für zielführend?

Antwort:

Ja

In welchem Verhältnis sollten Ihrer Auffassung nach die vier Grundfreiheiten und das Wettbewerbsrecht zu den demokratischen und sozialen Besitzständen Europas stehen?

Antwort:

Die Stärkung und Ausgestaltung des sozialen Europas ist ein Kernanliegen der SPD. In der Tat konnte die praktische Geltung der sozialen Grundrechte in Europa nicht Schritt halten mit der gelungenen wirtschaftlichen Integration. Um diesem Ungleichgewicht zu begegnen, treten wir für eine neue Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten ein. Die sozialen Rechte müssen den vier Grundfreiheiten der EU mindestens gleichstehen. Im Zuge der nächsten Reform der EU-Verträge wollen wir deshalb eine soziale Fortschrittsklausel verankern.

In der letzten Legislaturperiode wurde die Schaffung der „Säule sozialer Rechte“ wurde maßgeblich von den europäischen Sozialdemokraten vorangetrieben. Die darin enthaltenen 20 Grundsätze und Prinzipien zu Themen wie einem fairen Arbeitsmarkt, sozialer Teilhabe und Inklusion und Chancengleichheit können aber nur der Anfang sein. Als nächsten Schritt muss die Festlegung verbindlicher Mindeststandards im europäischen Recht erfolgen, um den Schutz grundlegender sozialer Rechte und Errungenschaften in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu sichern. Dazu gehört auch eine Rahmenrichtlinie für faire Mindestlöhne in Abhängigkeit der Wirtschaftsleistung des jeweiligen Mitgliedstaates. Funktionierende nationale Lohnfindungsmechanismen und nationale Systeme der Mindestlohnsetzung gilt es dabei zu erhalten.

Für die Zukunft der Europäischen Union ist es entscheidend, dass die Wirtschaft nicht nur nominal wächst, sondern mittel- bis langfristig auch das Schutzniveau der Arbeitslosen-,

Renten- und Krankenversicherungssysteme in allen Mitgliedstaaten auf einem hohen Niveau angeglichen wird und die gesamte Gesellschaft von gewonnenem Wohlstand profitiert.

Auch im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen die EU-Regeln neu justiert werden. Jeder und jede muss gleichberechtigten, solidarischen und räumlichen nahen Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen haben. Dazu zählen wir insbesondere den Zugang zu Wasser und bezahlbarem Wohnraum. Wir wenden uns dagegen, dass privatwirtschaftliche Konzerne in ganzen Regionen den Zugang zu sauberem Trinkwasser kommerzialisieren. Die EU- Vergaberegeln müssen deshalb auch die Tariftreue und die Einhaltung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker berücksichtigen.

Letztlich wird der Erfolg des sozialen Europas auch davon abhängen, ob es gelingt, Steuergerechtigkeit herzustellen. Die SPD sieht es als eine der dringlichsten Aufgaben an, dass Steuervermeidung und -betrug innerhalb und außerhalb Europas stärker bekämpft wird. Innerhalb Europas darf es keine Steuerparadiese geben! Der nach unten offene Negativwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten bei der Unternehmensbesteuerung führt dazu, dass große Konzerne kaum oder gar keine Steuern zahlen, während die Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen die Einnahmelücken füllen müssen. Wir müssen ein Mindestniveau bei der Unternehmensbesteuerung vereinbaren und so sicherstellen, dass alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten.